

Page Denied

25 YEAR RE-REVIEW

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Staatliche Plankommision

25X1

Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1956

Teil Forschung und Technik

Planung der Forschung und Technik

Bei der Vorbereitung und Aufstellung des Planes Forschung und Technik sind die „Verordnung über die Registrierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschungs- und Entwicklungsstellen“ vom 15. Februar 1951 (Gesetzblatt Nr. 22/51) sowie die „Verordnung zur Vorbereitung von Investitionsvorhaben“ und die „Verordnung zur Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizzenzen“ vom 20. Januar 1955 (Gesetzblatt Nr. 10/55) zu beachten.
 Anweisungen und Richtlinien, die zusätzlich zur Ordnung der Planung 1956 für Forschung und Technik zu geben sind, gibt der Leiter des Zentralamtes für Forschung und Technik.

I. Inhalt des Planes Forschung und Technik

1. Der Plan Forschung und Technik umfaßt — unabhängig von der Finanzierungsquelle —:

a) Studienentwürfe.

Sie dienen der Vorbereitung wichtiger Themenvorschläge zum Plan Forschung und Technik. Ihrer Anfertigung sind die Richtlinien des Zentralamtes für Forschung und Technik zugrunde zu legen.

b) Forschungsarbeiten auf den Gebieten der Naturwissenschaften, der Mathematik, der Agrarwissenschaften (ohne Agrarökonomie), der Medizin und der technischen Wissenschaften.

Sie dienen der Erweiterung der Erkenntnisse auf diesen Gebieten und der Untersuchung der praktischen Anwendungsmöglichkeiten der gewonnenen Ergebnisse.

c) Arbeiten zur Entwicklung von Konstruktionen. Im Rahmen dieser Arbeiten sind auf der Grundlage bekannter oder durch Forschungsarbeiten neu erarbeiteter Konstruktionsprinzipien und

technologischer Verfahren Funktionsmuster neuer oder besserter Maschinen, Geräte und Apparaturen zu konstruieren, zu bauen und zu erproben.

d) Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen in die Fertigung.

Im Rahmen dieser Arbeiten sind auf der Grundlage der Ergebnisse von konstruktiven Entwicklungsarbeiten oder wissenschaftlich-technischer Dokumentationen Unterlagen für die Fertigung durch Konstruktion, Bau und Erprobung von Fertigfertigmustern bzw. Nullserien zu schaffen.

e) Arbeiten zur Entwicklung von Verfahren.

Im Rahmen dieser Arbeiten sind auf der Grundlage bekannter oder durch Forschungsarbeiten gefundener Prinzipien neue oder verbesserte technologische Verfahren zur Erzeugung oder zur Ver- und Bearbeitung bekannter oder neuer Stoffe bis zum kleintechnischen Versuch zu entwickeln und zu erproben.

f) Arbeiten zur Überleitung von Verfahren in die Produktion bzw. von agrarwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die Praxis.

Im Rahmen der Arbeiten zur Überleitung von Verfahren in die Produktion sind auf der Grundlage der Ergebnisse verfahrenstechnischer Entwicklungsarbeiten oder wissenschaftlich-technischer Dokumentationen die technologischen Unterlagen für die Projektierung von industriellen Produktionsanlagen durch Bau und Betrieb großtechnischer Versuchsanlagen zu schaffen.

Im Rahmen der Arbeiten zur Überleitung von agrarwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die Praxis sind Unterlagen für die Einführung in die Praxis durch land-/forstwirtschaftliche Großversuche zu schaffen.

4. Arbeiten, die der Verbesserung der laufenden Produktion dienen, aber den unter I 1-a-f getroffenen Festlegungen nicht entsprechen, sind nicht in den Plan Forschung und Technik aufzunehmen (z.B. Anpassung von Konstruktionen oder Verfahren an Verschiedenheiten des angebotenen Materials, Anpassung von Konstruktionen an Kundenwünsche, Auswertung kleiner Verbesserungsvorschläge).
3. Die im Plan Forschung und Technik enthaltenen volkswirtschaftlich bzw. wissenschaftlich bedeutsamen Arbeiten werden in der „Zusammenstellung der wichtigsten Arbeiten des Planes Forschung und Technik“ (D-Themen) zusammengefaßt und mit dem Volkswirtschaftsplan im einzelnen bestätigt.

II. Verbindung zu anderen Plänen

Bei der Aufstellung des Planes Forschung und Technik ist seine enge Verbindung zu den

- a) Produktionsplänen (einschließlich Plan der Aufnahme neuer Arten industrieller Produktion),
- b) Investitionsplänen,
- c) Materialplanen,
- d) Arbeitskräfteplänen,
- e) Finanzplänen,
- f) Standardisierungsplänen,
- g) Plänen der technisch-wirtschaftlicher Kennziffern

der Ministerien, Staatssekretariate m. e. G., Zentralen Staatsorgane, des Magistrats von Groß-Berlin, der Akademien und der Betriebe zu behandeln.

Außerdem ist eine Abstimmung mit der „Themenliste der Technischen Wissenschaftlichen Zusammenarbeit“ erforderlich.

III. Aufstellung der Pläne

A. Forschungs- und Entwicklungsstellen

1. Themenvorschläge zum Plan Forschung und Technik reichen folgende naturwissenschaftlich-technischen Forschungs- und Entwicklungsstellen ein:

Institute der Akademien, Universitäten und Hochschulen,
Institute, die Ministerien, Staatssekretariate, Zentralen Staatsorganen bzw. dem Magistrat von Groß-Berlin unterstellt sind,
Forschungs- und Entwicklungsstellen der Volksigen Wirtschaft,
sowie zentral geleitete staatliche Institutionen, in denen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchgeführt werden.

2. Örtliche Forschungs- und Entwicklungsstellen.

Soweit naturwissenschaftlich-technische Forschungs- und Entwicklungsstellen oder Betriebe der örtlichen Industrie und sonstige zum Zuständigkeitsbereich des Rates eines Bezirkes gehörigen Institutionen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchführen wollen, haben sie ihre Themenvorschläge einer fachlich zuständigen, zentral geleiteten Forschungs- und Entwicklungsstelle zur Aufnahme in deren Planentwurf zu übergeben.

3. Ausarbeitung und tatsächliche Koordinierung der Themenvorschläge.

Die Forschungs- und Entwicklungsstellen erhalten von ihren Ministerien, Staatssekretariaten, Zen-

tralen und anderen zentralen Organisationen der Akademien, der zentralen Forschungs- und Entwicklungsstellen und der Betriebe die Themenvorschläge, die für die Durchführung der entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erforderlich sind, beantragt werden müssen. Diese Vorschläge sind ein Maßstab für das Planjahr vorzusehen. Die Themenvorschläge betragen den Betrag von 200 FDM, so daß eine Abformung eines Kostenvoranschlag einzureichen.

Die Thematik ist unter Berücksichtigung der in Gesetzen gestellten Aufgaben, Verordnungen und Beschlüssen der Regierung sowie der Anweisungen der zuständigen Ministerien/Akademien unter Abstimmung mit den Produktionsbetrieben und Verbrauchern aufzustellen.

Die Themenvorschläge sind den zuständigen Funktionsgruppen (Zentralen Arbeitskreisen für Forschung und Technik, Sektionen der wissenschaftlichen Akademien usw.) zur fachlichen und volkswirtschaftlichen Begutachtung vorzulegen.

4. Koordinierung der Themenvorschläge mit anderen Plänen.

Die Themenvorschläge der Forschungs- und Entwicklungsstellen sind von diesen rechtzeitig mit folgender Plänen zu koordinieren:

- a) mit den Produktionsplänen.

Themenvorschläge, zu deren Durchführung der Bau von Funktionsmuster, Fertigungsmustern, Nullserien, Kleintechnischen oder großtechnischen Versuchsanlagen durch Produktionsbetriebe notwendig ist, haben die Forschungs- und Entwicklungsstellen mit den diese Arbeiten durchführenden Produktionsbetrieben zu koordinieren. Die bei der Koordinierung getroffenen Vereinbarungen sind schriftlich festzulegen und bilden die Grundlage für die zwischen den Forschungs- und Entwicklungsstellen und diesen Betrieben abzuschließenden Verträge. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so hat die Forschungs- und Entwicklungsstelle davon ihrem zuständigen Ministerium eine Mitteilung zu machen.

Ohne diese Koordinierung dürfen solche Themenvorschläge nicht eingereicht werden.

Der Abschluß von Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen und Verfahren in die Produktion ist von den Forschungs- und Entwicklungsstellen den für die Produktionsaufnahme vorgesehenen Betrieben und den für diese zuständigen Hauptverwaltungen rechtzeitig mitzuteilen.

- b) mit den Investitionsplänen.

Themenvorschläge, zu deren Durchführung der Aufbau der Forschungs- und Entwicklungsstellen durch Investitionsvorhaben notwendig ist, dürfen nur eingereicht werden, wenn das Investitionsvorhaben im Rahmen der erteilten Kontrollziffern gleichzeitig im Investitionsplanvorschlag enthalten ist.

Mittel für Objekte, die in Investitionsplanvorschlägen beantragt werden, dürfen nicht gleichzeitig für Grundmittel bzw. Neubauschaffungen im Rahmen des Planes Forschung und Technik beantragt werden.

Siehe auch Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan — Teil Planung der Investitionen —

Akademien/Magistrat von Groß-Berlin**7. Koordinierung.**

- a) Die Ministerien/Akademien prüfen die Themen vorschläge der Forschungs- und Entwicklungsstellen, korrigieren sie gegebenenfalls und wählen aus ihnen diejenigen aus, die in die Planentwürfe aufzunehmen sind.
- b) Die Ministerien/Akademien haben die von ihnen für ihre Planentwürfe ausgewählten Themenvorschläge mit den Entwürfen zum Produktionsplan, Investitionsplan, Materialversorgungsplan, Haushaltspflichten, Haushaltsplan, Plan der Standardisierung und zur Themenliste der Technisch-Wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu koordinieren.
- c) Der Entwurf zum Plan der Aufnahme neuer Arten industrieller Produktion ist daraufhin zu überprüfen, ob in ihm die im Jahre 1955 abgeschlossenen oder im Laufe des Jahres 1956 abzuschließenden Arbeiten des Planes Forschung und Technik (insbesondere Arbeiten zu: Überleitung von Konstruktionen in die Fertigung bzw. von Verfahren in die Produktion) berücksichtigt sind.

8. Zusammenstellung und Einreichung der Planentwürfe.

- a) Die Ministerien/Akademien stellen aus den von ihnen gebilligten Themenvorschlägen (Formblatt 1552 bzw. 1552a) ihren Entwurf zum Plan Forschung und Technik — geordnet entsprechend der Organisatorischen Nomenklatur 1956 — nach Hauptverwaltungen und Forschungs- und Entwicklungsstellen und innerhalb der Forschungs- und Entwicklungsstellen, abteilungsweise bzw. fachlich geordnet, zusammen.

Themen von hervorragender volkswirtschaftlicher Bedeutung sind auf Formblatt 1552 bzw 1552a, Spalte 2.1, durch ein rotes D zu kennzeichnen.

- b) Jeder Ausfertigung des Planentwurfs ist für jede Hauptverwaltung und für den Gesamtbereich des Ministeriums der Akademie eine Zusammenfassung der Themenvorschläge nach Anzahl, Termin und Themenbeträgen (Formblatt 1560) voranzustellen.

- c) Die Ministerien/Akademien arbeiten eine ihren Planentwürfen beizufügende Begründung und Analyse aus.

- d) Die Minister/Staatssekretäre m. e. G. die Leiter der Zentralen Staatsorgane und die Präsidenten der Akademien unterschreiben die Planentwürfe ihrer Institutionen nur auf der ihren gesamten Zuständigkeitsbereich betreffenden Zusammenfassung (Formblatt 1560).

Die Hauptverwaltungsleiter unterschreiben die Zusammenfassung, Begründung und Analyse für ihre Hauptverwaltung.

Die Leiter der Zentralen Hauptabteilungen (bzw. Abteilungen) Forschung und Technik und der Abteilungen Planung unterschreiben alle Zusammenfassungen sowie die Begründungen und die Analysen.

- e) Drei Exemplare der Planentwürfe nebst Begründungen und Analysen sind von den Ministerien/Akademien der Staatlichen Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, einzureichen. Eines der beim Zentralamt für Forschung und Technik verbleibenden Exemplare

- der Planentwürfe sowie ein Exemplar der Begründungen und Analysen ist mit den erforderlichen Originalunterschriften (siehe Ziffer 8. d) zu versehen. Auf den übrigen Exemplaren können die Unterschriften durchgeschrieben, faksimiliert oder der Name in Maschinenschrift angebracht werden.
- f) Die nicht gebilligten Themenvorschläge sind getrennt in gleicher Ordnung in drei Exemplaren einzureichen.
9. Rückgabe der korrigierten Planentwürfe und Anfertigung der Reinschriften.
- a) Das Zentralamt für Forschung und Technik gibt ein Exemplar des korrigierten Planentwurfes mit Stellungnahme den Ministerien/Akademien zurück.
- b) Auf Grund der zurückgegebenen korrigierten Planentwürfe fertigen die Ministerien/Akademien unter Beachtung der Bearbeitungsvermerke des Zentralamtes für Forschung und Technik die Reinschriften ihrer Pläne auf Formblatt 1558 an; die Zusammenstellung der Pläne hat in gleicher Ordnung zu erfolgen wie die der Planentwürfe. Abweichend von der Regelung für die Aufstellung der Planentwürfe ist zum Plan jeder Forschungs- und Entwicklungsstelle eine Zusammenfassung (Formblatt 1560), die bei nicht haushaltsgebundenen Forschungs- und Entwicklungsstellen gleichzeitig zur Bestätigung der Planbeträge für die Grundmittel dient, anzufertigen. Die Zusammenfassung ist dem Plan jeder Forschungs- und Entwicklungsstelle voranzuhelfen. Die laut korrigiertem Planentwurf im einzelnen genehmigten Grundmittel (Formblatt 1554) sind von den Ministerien der Forschungs- und Entwicklungsstellen formlos mitzuteilen.
- c) Die Reinschriften, davon ein Exemplar mit Unterschrift des Ministers/Staatssekretärs m. e. G./des Leiters des Zentralen Staatsorganes und des Präsidenten der Akademie, sind der Staatlichen Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, einzureichen.
10. Benachrichtigung der Forschungs- und Entwicklungsstellen und Herausgabe der Pläne.
- a) Unmittelbar nach Erhalt des korrigierten Planentwurfes benachrichtigen die Ministerien/Akademien die Forschungs- und Entwicklungsstellen mündlich oder schriftlich, (formlos), welche Arbeiten in den Plan Forschung und Technik aufgenommen wurden.
- b) Nach Anfertigung der Reinschriften der Pläne übergeben die Ministerien/Akademien den Forschungs- und Entwicklungsstellen bzw. Universitäten und Hochschulen die für sie bestimmten Teile in zwei Exemplaren. Der für die Forschungs- und Entwicklungsstelle zuständige Werkleiter/Direktor bzw. der für die Universität/Hochschule zuständige Prorektor bestätigt durch Unterschrift auf einem Exemplar den Empfang und gibt dieses Exemplar dem Ministerium/der Akademie zurück.

IV. Finanzierung der Arbeiten des Planes Forschung und Technik

Sie erfolgt für

- nicht haushaltsgebundene Forschungs- und Entwicklungsstellen aus dem Zentralen Fonds für Forschung und Technik (Kapitel 139) bzw. aus sonstigen Finanzierungsquellen (wie Kundenmitteln, Investitionsmitteln)
- für haushaltsgebundene Forschungs- und Entwicklungsstellen aus Haushaltsspenden anderer Institute. Hierunter fallen auch die haushaltsgebundenen Institutionen (Krankenhäuser etc.) die zum Zuständigkeitsbereich des Rates eines Bezirkes gehören.

Die Kosten für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und die Kosten für Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen bzw. Verfahren in die Produktion sind getrennt zu verzeichnen. Die Kosten für Arbeiten zur Überleitung sind auf Formblatt 1552 bzw. 1552a als Kosten einzurichten gesondert auszuweisen.

Für den Ansatz der Kosten sind die Richtlinien der Staatlichen Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, verbindlich.

V. Nomenklaturen

- Organisatorische Nomenklatur wird vom Zentralamt für Forschung und Technik gesondert herausgegeben).
- Nomenklatur der Aufgabengebiete naturwissenschaftlich-technischer Institute.
- Nomenklatur der Arbeitsstufen und zugehörigen Leistungen der Themen des Rates Forschung und Technik.
- Allgemeines Warenregister
- Nomenklatur der verschiedenen politischen Zielle.

VI. Muster der Formblätter

- Formblatt 1552 = Themenvorschlag der nicht haushaltsgebundenen F/E-Stelle
- Formblatt 1552a = Themenvorschlag der haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1554 = Übersicht zum Plan der nicht haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1554a = Übersicht zum Plan der haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1558 = Planbogen der nicht haushaltsgebundenen und der haushaltsgebundenen F/E-Stelle.
- Formblatt 1560 = Zusammenfassung zum Planentwurf der Ministerien/Staatssekretariate/Zentralen Staatsorgane/Akademien und Zusammenfassung zum Plan der Ministerien/Staatssekretariate/Zentralen Staatsorgane/Akademien und der

Nomenklatur der Arbeitsstufen und zugehörigen Leistungen der Themen des Planes Forschung und Technik 1956

Leistungen

die volkswirtschaftliche Auf-
gabenstellung im heutigen Stand
der Dinge.

Wissenschaftlich-technischer und volkswirtschaftlicher Bericht, ggü. Themenvorschläge und Rahmenarbeitsprogramme

Forewarning (F)

- | | | |
|--|----|--|
| Dokumentation und Präsentationen | F1 | Literaturbericht |
| Untersuchungen mit Verwendung der Versuchsausrüstung und mit der Versuchsaufbau | F2 | Mauskript über die Ergebnisse der theoretischen Untersuchungen, ggl. Versuchsapparatur |
| Experimentellen wissenschaftliche Erweiterung der Versuchsausrüstung | F3 | Versuchprotokolle |
| Ergebnisse bzw. die Ergebnisse der Untersuchungen | F4 | Wissenschaftlicher Bericht mit Vorschlag für die Nutzbezeichnung der Arbeitsergebnisse |

Aufgaben zur Entwicklung von Konstruktionen (K)

- | | | |
|---|----|--|
| Patent- und Patentstudien | K1 | Literaturbericht |
| Entwicklung der Lösungswäge und ggf. Entwurf der Konstruktion | K2 | Berechnungen und Skizzen |
| Dokumentation des Funktionsmusters | K3 | Konstruktionsunterlagen für das Funktionsmuster |
| Zeichnung des Funktionsmusters | K4 | Funktionsmuster |
| Erprobung des Funktionsmusters und Begutachtung des Ergebnisses der Entwicklungsarbeiten | K5 | Erprobungsbericht, Gutachten und Vorschlag für die Überleitung in die Fertigung |

Arbeiten zur Überleitung von Konstruktionen in die Fertigung (ÜK)

- | | | |
|---|-------------|---|
| Ausarbeitung der fertigungsgerechten Konstruktionsunterlagen und des Materialvorschlags für die Produktion | UK6 | Fertigungsgerechte Konstruktionsunterlagen und Materialvorschlag für die Produktion |
| Bau des Fertigungsmusters | UK7 | Fertigungsmuster |
| Erprobung des Fertigungsmusters | UK8 | Erprobungsbericht |
| Bau der Nullserie | UK9 | Nullserie |
| Erprobung der Nullserie | UK10 | Erprobungsbericht |
| Überarbeitung der Konstruktionsunterlagen zur Fertigungsfreie | UK11 | Fertigungsreife Konstruktionsunterlagen und Nachweis der Freigabe für die Produktion |

Arbeiten zur Entwicklung von Verfahren (V)

- | | | |
|---|----|--|
| Literatur- und Patentstudien | V1 | Literaturbericht |
| Untersuchung der Lösungswege und ggf. Entwurf des Verfahrens | V2 | Darstellung der Prinzipien des Verfahrens mit Skizzen und Berechnungen |
| Ausarbeitung des Verfahrens im Labormaßstab, ggf. Bau der kleintechnischen Apparatur | V3 | Verfahrensbeschreibungen für das Labor, ggf. kleintechnische Apparatur |
| Durchführung des kleintechnischen Versuches | V4 | Versuchsprotokolle |
| Auswerfung des kleintechnischen Versuches und Beurteilung des Ergebnisses der Entwicklungsaufgabe | V5 | Bericht über das Ergebnis des kleintechnischen Versuches, Gutachten und Vorschlag für die Überleitung in die Fertigung |

Arbeiten zur Überleitung von Verfahren in die Produktion bzw. von agrarwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in die Praxis (ÜV)

- | | | |
|--|-----|---|
| Ausarbeitung der Technologie und des Projektes für den großtechnischen Versuch bzw. Ausarbeitung des Programmes für den land-forstwirtschaftlichen Großversuch | UV6 | Beschreibung der Technologie und Projekt für den großtechnischen Versuch bzw. Programm für den land-forstwirtschaftlichen Großversuch |
| Bau der großtechnischen Versuchsanlage bzw. Anlage des land-forstwirtschaftlichen Großversuches | UV7 | Großtechnische bzw. land-forstwirtschaftliche Versuchsanlage |
| Durchführung des großtechnischen Versuches bzw. des land-forstwirtschaftlichen Großversuches | UV8 | Versuchsprotokolle |
| Auswertung des großtechnischen Versuches und Feststellung der Technologie für die Produktion bzw. Verarbeitung des land-forstwirtschaftlichen Großversuches | UV9 | Bericht über das Ergebnis des großtechnischen Versuches bzw. des land-forstwirtschaftlichen Großversuches. Nachweis der Eignung des Verfahrens für die Produktion bzw. für die land-forstwirtschaftliche Praxis (sozioökonomische Wirkungen, technologische Grundlagen der Technologie als Unterlage) |

bitte wenden!

SECRET

25X1

Approved For Release 2009/08/21 : CIA-RDP83-00418R001100090004-2

Page Denied

Next 2 Page(s) In Document Denied

Approved For Release 2009/08/21 : CIA-RDP83-00418R001100090004-2

Nomenklatur der volkswirtschaftlichen Ziele

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ZIELE	Volkswirtschaftliche Ziele
I	Steigerung der Arbeitsproduktivität
II	Elektrifizierung und Automatisierung
III	Volumen einsparung und Austausch von Engpaßwerkstoffen durch Material, das in der DDR verfügbar ist
IV	Erweiterung der Rohstoffbasis und Entwicklung neuer Werkstoffe
V	Verstärkung des technischen Standes durch Schaffung neuer und Verbesserung in Produktion befindlicher Maschinen, Geräte und Apparate
VI	Erweiterung des Sortimentes an Verbrauchsgütern
VII	Qualitätssteigerung und Gütesicherung
VIII	Standardisierung, Normung und Typung
IX	Einsparung von Import
X	Sicherung und Erweiterung des Exportes
XI	Bewahrung der Volksgesundheit
XII	Sicherung und Steigerung der land-, forst- und Fischereiwirtschaftlichen Erträge

Nomenklatur der Aufgabengebiete naturwissenschaftlich-technischer Institute

1. Arbeiten des Planes Forschung und Technik
 - 1.1 Forschung und Entwicklung
 - 1.2 Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Produktion bzw. in die Praxis
2. Dienstaufgaben
3. Produktion
4. Gutachterliche Tätigkeit und Beratung. Prüftätigkeit für dritte Stellen
5. Standardisierung und Normung
6. Dokumentation (einschließlich Bibliothek), Veröffentlichungen und Übersetzungen
7. Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften
8. Gesellschaftswissenschaftliche Forschungsaufgaben
9. Sonstige Tätigkeit
10. Zentrale Leitung der wissenschaftlichen Akademien

Anmerkung:

1) Die Zusammenfassung ist zum Planentwurf und Plan d. Ministerium/Staatssekretariat/Zentralen Staatsorgane/Akademie und Hauptverwaltung sowie zum Plan jeder Forschungs- und Entwicklungseinheit anzufertigen.

2) Unterschriften:

a) Planentwurf

Zusammenfassung für d. Ministerium/Staatssekretariat/
Zentrale Staatsorgane/Akademie

Minister/Staatssekretär/Präsident;
Leiter der Zentralen Abteilung Planung
sowie der Zentralen Hauptabteilung (Abl.)
Forschung und Technik

Leiter der
Hauptverwaltung;
Abl. Planung; } der Haupt-
Abl. Forschung und Technik } verwaltung

Minister/Staatssekretär/Präsident

Leiter der Hauptverwaltung

b) Kainschrift des Pläne

Zusammenfassung für d. Ministerium/Staatssekretariat/
Zentrale Staatsorgane/Akademie

Zusammenfassung für die F/E-Stelle

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau

1965

Berlin, den 14. Juni

Nr. 3

INHALT**I. Materialwirtschaft**

1. Verarbeitung von nickellegierten Baustählen

18

II. Export und Absatz

2. Besuch und Delegierung zu Tagungen, Konferenzen, Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland sowie ihre Beschickung mit Waren
3. Herstellung von Werbedokumenten
4. Marktinformationen für die Betriebe des Maschinenbaus
5. Leipziger Messe 1964

16

17

17

18

III. Forschung, Entwicklung und Konstruktion

6. Abschluß von Vergütungsverträgen für benötigte Patente

18

IV. Arbeit

7. Anweisung zur Durchführung des Beschlusses über den Einsatz von Abteilungen der Hoch- und Fachschulen in der volkseigenen Wirtschaft vom 20. November 1964 (GBl. II, 992)

18

V. Sonstiges

8. Broschüre „Dokumente des Maschinenbaus“
9. Mitteilung der Hauptverwaltung Eisen-, Blech- und Metallwaren
10. Druckfehlerberichtigung

20

20

20

I. Materialwirtschaft**1. Verarbeitung von nickellegierten Baustählen**

Die Handelsorgane für metallurgische Erzeugnisse in der Deutschen Demokratischen Republik haben festgestellt, daß in letzter Zeit in großem Umfang nickellegierte Baustähle bestellt werden. Die Versorgungslage in Nickel und die überhöhten Forderungen in nickellegierten Baustählen gegenüber den vergangenen Jahren macht es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß in Zukunft an Stelle von nickellegierten Baustählen mehr Chrom-Mangan-Stähle verarbeitet werden sollten.

Zur Richtlinie ist zu erachten, welche Ausweichmöglichkeiten zum Einsatz von Stählen von nickellegierten Baustählen im Chrom-Mangan-SUHStahl gegeben sind:

Stahlart: St. Cr 12	= 16 Mn Cr 2
Stahlart: St. Cr 13	= 18 Mn Cr 2
Stahlart: St. Cr 15	= 18 Mn Cr 3

Hier ist zu beachten, daß die Preise für Chrom-Mangan-Stähle 20-30 % niedriger liegen als die für nickellegierte Baustähle. Durch den Einsatz von Chrom-Mangan-Stählen kann darüber hinaus der Forderung des 21. Plenum der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf Senkung der Selbstkosten und Erhöhung der Rentabilität weitgehend Folge geleistet werden. Es ist in Zukunft darauf zu achten, daß an Stelle von nickellegierten Baustählen die oben genannten Chrom-Mangan-Stähle bestellt werden, und darüber hinaus sind die bei der DKEF Pöhlhütte und dem Edelstahlwerk Döhren vorliegenden Bestellungen schnellstens zu ändern.

II. Export und Absatz

2. Besuch und Delegierung zu Tagungen, Konferenzen, Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland sowie ihre Besichtigung mit Waren.

Die ständige Erweiterung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik und der verstärkt zur Durchführung gelangende Austausch von wissenschaftlich-technischen Erfahrungen macht es erforderlich, für die Teilnahme an Auslandsmessen, Tagungen und Konferenzen eine bessere Grundlage zu schaffen.

Es ist festzustellen, daß nicht genügend qualifizierte Kräfte aus den Betrieben zur Unterstützung der Außenhandelsorgane für die Teilnahme an Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland zur Verfügung stehen. Sehr oft werden Kader entsandt, die für die gestellten Aufgaben nicht über die notwendigen Voraussetzungen verfügen. Besonders bei kurzfristigen Delegierungen tritt dieser ernste Mangel auf. In Ergänzung der Anordnung vom 28. Juni 1954 (Verfügungen und Mitteilungen des Maschinenbaus Nr. 18, Seite 167) über den Besuch ausländischer Messen und Ausstellungen wird daher angewiesen:

I. Bildung einer Kaderreserve:

1. Von den Betrieben, die Exportgüter produzieren, sind der Kaderabteilung ihrer Hauptverwaltung bis zum 30. Juni 1955 Mitarbeiter zu benennen, die über ausreichende technische und handelspolitische Kenntnisse verfügen, damit sie auf Messen und Ausstellungen zur Unterstützung der VEH-DIA eingesetzt werden können. Für diese Aufgaben sind auch junge Kader, die möglichst über sprach- und ingenieurtechnische Kenntnisse verfügen, heranzuziehen.
2. Die Leiter der Hauptverwaltungen werden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß für jede Fachgruppe (z. B. Foto-Kino-Optik) mindestens zehn Kader in der zu bildenden Kaderreserve erfaßt werden, die den kaderpolitischen Anforderungen entsprechen.
3. Ferner haben die Betriebe der Kaderabteilung ihrer Hauptverwaltungen bis zum 30. Juni 1955 Vorschläge über qualifizierte Kader einzureichen, die für eine Teilnahme an Messen und Ausstellungen in Frage kommen (Studium, Informationen über die Marktlage, Absatzfragen usw.). Zu benennen sind solche Mitarbeiter, die auf die Entwicklung der Erzeugnisse in bezug auf Qualität und Sortiment entscheidenden Einfluß nehmen. Hierzu können auch Mitglieder der bestehenden Fachunterkommissionen für Marktanalyse und Absatz in Vorschlag gebracht werden.

Die Festlegung dieser Kaderreserve hat bis zum 15. Juli 1955 in den Hauptverwaltungen zu erfolgen. Verantwortlich: Leiter der Hauptverwaltungen.

II. Genehmigung zum Besuch oder Delegierung zu Messen und Ausstellungen.

1. Der Besuch oder die Delegierung zu Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland bedarf in jedem Falle der Zustimmung des fachlich zuständigen Stellvertretenden Ministers. Vor-

schläge für eine Teilnahme können von den Betrieben den Fachunterkommissionen oder den Außenhandelsorganen gemacht werden.

2. In Zukunft ist für eine Teilnahme in ersten Linie auf den in der Kaderreserve erfaßten Personalkreis zurückzugreifen. Ausgenommen hiervon sind Ausreisen zur Beseitigung oder Klärung von Reklamationen bei Exportaufträgen (z. B. Monteuren).
3. Es ist den Betrieben und Verwaltungen untersagt, direkt Kader dem VEH-DIA oder anderen Handelsorganen zu benennen. Delegierungen die von den Betrieben aus dem vorhandenen Fonds des Devisenbonus finanziert werden bedürfen ebenfalls der Bestätigung. Die Anträge sind an den Leiter der in Frage kommenden Hauptverwaltung einzureichen.

III Organisatorisches

1. Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel legt in Übereinstimmung mit der Kammer für Außenhandel und der HA Export und Absatz fest, welche Messen und Ausstellungen besichtigt werden.
2. Unter Zugrundelegung der für eine Ausstellung vorgesehenen Güter legt der Leiter der Hauptverwaltung unter Hinzuziehung des Absatzleiters und der Vertreter des VEH-DIA die Anzahl der benötigten Kader fest. Die Vorschläge sind aus der Kaderreserve namhaft zu machen und in einer Aufstellung (jeweils für eine Messe), unterzeichnet vom Leiter der Hauptverwaltung und der Kaderabteilung, dem fachlich zuständigen Stellvertretenden Minister zur Genehmigung vorzulegen. Erst nach Bestätigung dürfen die Kaderunterlagen an das VEH-DIA weitergegeben werden. Ein Durchschlag dieser Aufstellung ist jeweils der HA Export und Absatz zuzustellen.
3. Der Besuch oder die Delegierung zu Messen und Ausstellungen in Westdeutschland und im Ausland hat nur durch Delegationen zu erfolgen. Die Festlegung des Delegationsleiters und dessen Verabschiedung erfolgt durch den fachlich zuständigen Stellvertretenden Minister. Dieser ist auch verantwortlich für die konkrete Aufgabenstellung an die Mitglieder der Delegation.
4. Innerhalb von acht Tagen nach Rückkehr von der Auslandsmesse hat jeder Teilnehmer dem Leiter seiner Hauptverwaltung und im Durchschlag der HA Export und Absatz sowie dem betreuten Betrieb einen schriftlichen Reisebericht mit einer eingehenden Analyse zu übergeben. Hierzu ist das von der Kammer für Außenhandel entwickelte Berichts-Schema zu verwenden. Neben einer Beurteilung der zur Ausstellung gelangten Exponate ist als besonderer Schwerpunkt zu behandeln und sind entsprechende Vorschläge zu unterbreiten für:

- a) Steigerung des Absatzes
- b) Erweiterung des Sortiments
- c) Verbesserung der Qualität
- d) Veränderung des Produktionsprozesses.

5. Die HA Export und Absatz wird verpflichtet, halbjährlich, erstmalig am 30. September 1955, einen zusammenfassenden Bericht über den Besuch von Ausstellungen und Messen und ihre Auswertung der Leitung des Ministeriums vorzulegen.

IV. Besuch von Fachtagungen und Konferenzen:

- Der fachlich zuständige Stellvertretende Minister entscheidet in Übereinstimmung mit den Leitern der Hauptverwaltungen, welche ständigen Fachtagungen und sonstigen Tagungen, technischen und wirtschaftlichen Konferenzen, Messen und Ausstellungen mit dem Ziel der Orientierung über den Stand der Technik braucht werden. Er bestimmt Zusammensetzung und Stärke der Delegation. Die Leiter der Hauptverwaltungen haben dementsprechend die Kader namhaft zu machen. Die Bearbeitung dieser Anträge erfolgt durch die Zentrale Reisestelle des Ministeriums.
- Für die Entsendung sind die im Abschnitt III, 3 und 4, dieser Anordnung festgelegten Gesichtspunkte maßgebend. Die geforderten Berichte sind der Aufgabenstellung entsprechend abzufassen und der delegierenden Stelle sowie dem Leiter der zuständigen Hauptverwaltung zu übergeben.

V. Bestimmung der Waren für Ausstellungen und Messen.

- Das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel legt in Zusammenarbeit mit dem VEH-DIA und den Hauptverwaltungen fest, welche Prinzipien auf den jeweils zu beschickenden Ausstellungen und Ausstellungen ausgestellt werden sollen.
- Die Leiter der Hauptverwaltungen haben zu veranlassen, daß die Abteilung Absatz mit dem VEH-DIA Exponatenlisten zusammenstellen. Hierbei sind die Erfahrungen der bisherigen Besuche von Messen und Ausstellungen und vorliegende Marktinformationen auszuwerten.
- Es ist den Betrieben untersagt, sich direkt für Ausstellungen und Messen in Westdeutschland und im Ausland anzumelden, auch wenn sie die Beteiligung aus den ihnen zur Verfügung stehenden Fonds (Devisenbonus) finanzieren.
- Die Betriebe können ihre Wünsche zur Beschickung von Messen und Ausstellungen den Hauptverwaltungen mitteilen.

2. Herstellung von Werbefilmen.

Es sind in den letzten Monaten von einer Anzahl von Betrieben und Körperschaften, die dem Weisungsbereich des Ministeriums unterstehen, Werbefilme zur Herstellung gebracht worden. Eine Überprüfung dieser Maßnahmen hat gezeigt, daß nicht in jedem Fall der erforderliche Aufwand im Verhältnis zu der vorgelegten Werbewirkung stand. Im Interesse einer raschen und zweckmäßigen Absatzwerbung, Anstrengungen für eine ständige Erweiterung des Exportmarktes ist, wird angestrebt,

Die Ausarbeitung trifft eine Anfertigung von Werbefilmen gleicher Art und wer als

Kostenträger auftritt, ist dem Leiter der zuständigen Hauptverwaltung zur Gegenzeichnung vorzulegen, ferner die gegebenenfalls gesondert zu treffenden Vereinbarungen zur Anfertigung des Drehbuches. Beizufügen sind Voranschlag, Nachweis der Kostendeckung, Gestaltungsentwurf und bei speziell für eine Exportwerbung vorgesehenen Filmen Stellungnahme des VEH-DIA

- Vor Aufnahme der Dreharbeiten ist das fertiggestellte Manuskript durch die HA Export und Absatz zu bestätigen. Bei Filmen von besonderer handelspolitischer Bedeutung sind diese Unterlagen über die HA Export und Absatz dem Stellvertreter des Ministers vorzulegen.

4. Marktinformationen für die Betriebe des Maschinenbaus.

Es ist notwendig, daß die Betriebe des Maschinenbaus in größerem Umfang dazu übergehen, im Außenhandel mit dem kapitalistischen Ausland Eigengeschäfte abzuschließen. Eine wesentliche Voraussetzung hierzu ist die ständige Beobachtung der Entwicklung des Absatzes und der Preisbewegung in den verschiedensten Wirtschaftsgebieten. Die für diese Zwecke den Betrieben zur Verfügung stehenden Materialien sind in vielen Fällen ungenügend. Besonders trifft dies für spezielle Untersuchungen zur Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten, wie z. B. in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, zu. Zur Veränderung dieses Zustandes wird auf folgendes verwiesen:

1. Auswertung der Arbeiten des Instituts für Marktforschung, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Straße 114, Telefon 22 03 21 410.

Das angeführte Institut verfügt über eine umfassende und sich ständig ergänzende Übersicht über die Marktbewegung in den einzelnen Warengruppen und Ländern. Das gleiche bezieht sich auf Entwicklungsmaßnahmen und Sortimentserweiterungen für Erzeugnisse und Industrieobjekte aller Art. Mit Zustimmung der Absatzabteilungen der Hauptverwaltungen stehen diese Arbeitsmittel den Betrieben und Fachunterkommissionen für Export zur Auswertung bzw. regelmäßigen Inanspruchnahme zur Verfügung. Das Fachreferat Maschinenbau dieses Instituts ist bereit, für die Lösung besonderer Aufgaben auf Anfrage entsprechende Hinweise zu geben.

2. Herausgabe spezieller Lageberichte für den Maschinenbau

Auf Anregung des Ministeriums soll die angeführte Forschungsanstalt ab Juni regelmäßig monatlich Lageberichte heraus. Die Versendung dieses Materials erfolgt über die jeweiligen Hauptverwaltungen und soll in erster Linie den für den Abschluß von Eigengeschäften vorgesehenen Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Es ist erforderlich, daß nicht nur eine sorgsame Auswertung dieser Materialien erfolgt, sondern daß aus der täglichen Praxis der Betriebe Vorschläge für eine Gestaltung dieser Materialien unterbreiten. Unter an-

Anlage zu Ziffer 7

Förderungsvertrag

Zwischen
dem Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau,
vertreten durch den
und dem Absolventen der
Herrn
wird auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums
des Ministerrates vom 30. November 1954 über den
Einsatz von Absolventen der Hoch- und Fachschulen
in der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 931) folgender
Vertrag geschlossen.

§ 1

Das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau verpflichtet sich, den Absolventen zur Ableistung der praktischen Vorbereitungszeit gemäß Ziffer I, Absatz 1 des Beschlusses vom 30. November 1954 mit Wirkung vom in den VEB einzuführen, damit er dort mit allen Arbeitsvorgängen vertraut gemacht wird, welche er beherrschen muß, um nach Abschluß der Ausbildung eine verantwortliche Funktion in einem Betrieb des gleichen Industriezweiges ausüben zu können.

§ 2

- (1) Um einen allgemeinen Überblick über die betriebliche Praxis zu gewinnen, wird der Absolvent Jahre als Betriebsassistent arbeiten. Hierbei wird ihm Gelegenheit gegeben, planmäßig die einzelnen Abteilungen des Betriebes zu durchlaufen.
- (2) Nach Beendigung der Tätigkeit als Betriebsassistent wird mit dem Absolventen vereinbart, in welchem Betrieb bzw. in welcher Betriebsabteilung die weitere praktische Ausbildung, unter Berücksichtigung der besonderen Eignung des Absolventen und zur Erlangung praktischer Spezialkenntnisse, erfolgen soll.

§ 3

Der Werkleiter des im § 1 genannten Betriebes ist verpflichtet, für die Weiterbildung des Absolventen auf fachlichem und gesellschaftlichem Gebiet zu sorgen.
Zu diesem Zweck hat der Werkleiter mit dem Absolventen monatlich eine Beratung durchzuführen.

§ 4

- (1) Zur unmittelbaren Betreuung des Absolventen im Betrieb ist der Kollege tätig als bestimmt, welcher über eine

langjährige Betriebspraxis verfügt und dem Absolventen die notwendige Anleitung in Fragen seiner fachlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu geben hat

§ 5

- (1) Der Absolvent verpflichtet sich, die an ihn gestellten Anforderungen zu erfüllen, bei seiner Tätigkeit vorbildliche Arbeitsdisziplin zu üben und sich ständig zu bemühen, seine fachliche und gesellschaftliche Qualifikation zu verbessern.
- (2) Der Absolvent verpflichtet sich ferner, an den Beratungen gemäß Ziffer IV und den Konsultationen gemäß Ziffer V des Beschlusses vom 30. November 1954 teilzunehmen.

§ 6

- (1) Für die Dauer der Ausbildung als Betriebsassistent erhält der Absolvent eine Vergütung der Gruppe 1 (Anfangsgehalt).
- (2) Im weiteren Verlauf der Vorbereitungszeit hat der Absolvent Anspruch auf eine seinen Leistungen entsprechende Vergütung.

§ 7

- (1) Das Vertragsverhältnis endet mit Ablauf der praktischen Vorbereitungszeit. Es kann vorzeitig durch schriftliche Erklärung des einen oder des anderen Partners aus wichtigem Grund gelöst werden.
- (2) Für das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau liegt ein wichtiger Grund zum vorzeitigen Rücktritt vom Vertrag insbesondere dann vor, wenn der Absolvent trotz wiederholter Ermahnung den ihm nach § 5 obliegenden Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

§ 8

Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung durch beide Partner in Kraft.

..... (Ort und Datum)

..... (Ort und Datum)

Für das Ministerium

Name des Absolventen

Hauptverwaltungsleiter

V. Sonstiges

8. Broschüre „Dokumente des Maschinenbaus“

Anfang Juni 1955 kommt unter dem Titel „Dokumente des Maschinenbaus“ eine Broschüre des bisherigen Ministeriums für Maschinenbau heraus, die eine Sammlung wichtiger Direktiven und Anordnungen enthält. Diese Direktiven und Anordnungen, ursprünglich nur für den internen Gebrauch unserer Betriebe bestimmt, sind über diesen Rahmen hinaus aber auch für weitere Kreise von Interesse und sollen daher der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Aber auch den Kollegen in unseren Betrieben wird diese Dokumentensammlung — die nach Bedarf fortgesetzt werden soll — Anregungen und Hinweise für die Verbesserung ihrer Arbeit geben. Darüber hinaus soll sie für die Kollegen Veranlassung sein, sich noch dringender mit den betreffenden Problemen zu beschäftigen und sie dadurch in die Lage versetzen, durch eigene Arbeiten und Vorschläge ihrerseits zum Aufbau des Sozialismus in unserem Arbeiter- und Bauernstaat beizutragen.

Die Betriebe und DHZ sowie die angeschlossenen Hoch- und Fachschulen des Maschinenbaus erhalten je ein bis fünf Exemplare zugewiesen. Diese Exemplare sollen nicht an einzelne Kollegen gegeben werden, sondern sind zweckmäßigerverweise in die Betriebsbibliotheken

aufzunehmen, damit sie jedem Kollegen für praktische und wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung stehen. Die zugewiesenen Exemplare sind Pitch-exemplare, ihre Abnahme ist daher verbindlich. Die Bezahlung hat nach Erhalt der Rechnung innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu erfolgen.

9. Mitteilung der Hauptverwaltung Eisen-, Blech- und Metallwaren

Die Metallwerke Zöblitz AG in Verwaltung der HV EBM verfügen über freie Kapazität in Spezialventilen NW 12, NW 25 und NW 40 sowie Rückschlagventilen komplett mit Ermeto-Anschlüssen. Bedarfsträger wollen sich mit dem Werk unmittelbar in Verbindung setzen.

10. Druckfehlerberichtigung

In Verfügungen und Mitteilungen Nr. 2 vom 20. Mai 1955 muß es unter II, 2 — Seite 4 -- (Gesamtübersicht der Berichterstattungen im Bereich des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau) richtig heißen:
„b) Eigene fachliche Berichterstattungen des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau.“

Wunderlich,
Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau

25X1